

## Antrag

der Abgeordneten **Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Sulzberger, Tauchner**  
und **Hafenecker**

gem. § 47 LGO 2001

betreffend: **Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung der politischen Verantwortlichkeit in der Causa Hypo NÖ**

Wie nun erneut medial berichtet wurde, ermittelt die Justiz noch immer gegen die Hypo Niederösterreich wegen des Verdachts der Bilanzfälschung bzw. Untreue. Diese Causa beschäftigt nun bereits seit 2008 die niederösterreichische Landespolitik. Seit drei Jahren ermittelt die Justiz gegen die Hypo NÖ nun betreffend der Irlandgeschäfte und einen gewährten Kredit von € 802 Millionen für die Zweckgesellschaft Augustus. Weitere Ermittlungen betreffen den Vorwurf der Bilanzfälschung. Es sollen umstrittene Buchungen über die Zweckgesellschaft Aquarius abgewickelt worden sein, um einen Spekulationsverlust von € 14 Millionen zu verschleiern. Hätte die Hypo NÖ in der betreffenden Zeit richtig bilanziert, hätte es einen Verlust und keinen Gewinn gegeben; somit auch keine Dividende an das Land Niederösterreich.

Nun wurden Hausdurchsuchungen an zwei Standorten der Hypo NÖ und auch an Privatadressen durchgeführt. Weiters wurde die Immunität von zwei ÖVP Abgeordneten, die im Aufsichtsrat in dieser Causa mitverantwortlich waren, aufgehoben.

Die ständige Diskussion - sowohl in den Medien als auch in der Öffentlichkeit - führt letztendlich dazu, dass ein enormer Imageschaden für den Wirtschaftsstandort Niederösterreich und insbesondere für die Landesbank einzutreten droht. Um das zu verhindern, ist eine rasche politische Klärung sämtlicher Verflechtungen, speziell von der ÖVP NÖ, notwendig. Es liegt hier eindeutig der Verdacht vor, dass die Landesbank von Parteien für politische Interessen missbraucht wurde. Um all diese Fragen zu klären sowie die politisch Verantwortlichen in Erfahrung zu bringen, ist die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses dringendst erforderlich.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

**Antrag**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Zur Aufklärung der politischen Verantwortlichkeit betreffend die erhobenen Vorwürfe wird ein Untersuchungsausschuss eingesetzt.“